



Ausgabe Nr. 97 · November 2011

## **Nein zum Kündigungsgesetz bedeutet Ja zu Stuttgart 21**

„Gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, Freien Wählern und FDP haben wir dazu aufgerufen, dass die S21-Befürworter zur Abstimmung gehen“, sagt Fraktionsvorsitzender Alexander Kotz. Denn es gehe darum, dass durch die Volksabstimmung eine klare Mehrheit zu Stuttgart 21 steht. Deshalb muss selbstredend mit NEIN abgestimmt werden, denn NEIN bedeutet, dass man gegen die Kündigung der S21-Finanzierungsverträge und damit für die weitere Beteiligung des Landes an diesem Verkehrsprojekt ist. Es gilt, Freunde und Bekannte aktiv anzusprechen und klar zu machen, wie wichtig es für die Zukunft der Stadt und des Landes ist, tatsächlich die Chance zur Abstimmung wahrzunehmen und zwar mit einem Kreuz bei NEIN.

Stadtrat Kotz argumentiert weiter, dass ein Ausstieg aus dem Projekt Kosten von sage und schreibe 1,5 Milliarden Euro verursachen würde: „Ein hoher Preis dafür, dass man nichts erhält!“ Abgesehen davon gäbe es keinerlei Grund, den Vertrag zu brechen, vielmehr müsse der Bauherr Sicherheit erhalten, um auf der Grundlage der erteilten Baugenehmigung vorankommen zu können. Auch weiterem Ärger auf Jahrzehnte, ohne dabei eine tragfähige Lösung zu erhalten, sei durch die Stimmabgabe mit NEIN vorzubeugen.

## **Schulentwicklung**

Auf der Grundlage der von der Verwaltung vorgelegten Schulentwicklungsplanung hat die CDU-Fraktion darüber hinausgehende und umfassende Überlegungen angestellt, wie ein entwicklungsfähiges Schulsystem organisatorisch und pädagogisch aussehen könnte. In ihrem Prüfauftrag an die Stadtverwaltung greift die CDU deshalb konkret die Themen Gemeinschaftsschule und Campus-Lösung für bestimmte Schulstandorte auf. Sehr wichtig ist, so erklärt die stv. Fraktionsvorsitzende Iris Ripsam, dass alle betroffenen Akteure in sämtliche Planungen von Anfang an einbezogen werden. Um seitens des Gemeinderats steuernd eingreifen zu können, spricht sie sich für die Erweiterung des Unterausschusses Schulsanierungen um den Bereich Schulentwicklungsplanung aus.

# KURZ INFORMIERT

## **Tiefgarage in Möhringen**

### **Chance für Parkplätze unterm Spitalhof nutzen**



Im Spitalhof, v.l.: Stadträte Joachim Rudolf, Helga Vetter, Bezirksbeirat Klaus Ebert, Stadtrat Dieter Wahl, Bezirksvorsteher Jürgen Lohmann, Stadträtin Iris Ripsam, Bezirksbeirat Dr. Fred Wagner

Mit der Lösung, eine Tiefgarage im hinteren Bereich des Möhringer Spitalhofs unter dem Spielplatz zu bauen, verbinden sich nur Vorteile. Der größte ist, dass die Parkplatznot, die mit dem Wegfall der Parkmöglichkeiten im Zuge des Baus des überaus beliebten Bürgerhauses weiter gewachsen ist, mit 27 zu schaffenden unterirdischen Parkplätzen im Zentrum merklich gelindert werden könnte. Es gäbe keinerlei Eingriffe in den historischen Spitalhof samt dessen Mauer. Auch der Kinderspielplatz, unter welchem sich die öffentliche Garage befände, bliebe in vollem Umfang erhalten.

Nachdem aber kürzlich der Baubürgermeister erklärt hatte, das Projekt solle nicht mehr weiterverfolgt werden, zeigten die CDU-Gemeinderatsfraktion und CDU-Bezirksbeiratsfraktion Möhringen vor Ort auf, dass die unwiederbringliche Möglichkeit genutzt werden müsse, jetzt im Zuge der entstehenden drei Häuser an der Ecke Vaihinger Straße/Maierstraße eine gemeinsame Zufahrt zu den Gebäuden und zur öffentlichen Tiefgarage zu bauen.

Die Stadträte Iris Ripsam, Dieter Wahl, Helga Vetter und Joachim Rudolf bekräftigten das übergeordnete Anliegen der CDU, einen lebendigen Ortskern zu erhalten und deshalb die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen zu wollen. Die Kaufkraft dürfe nicht abfließen, indem sich die Kunden aufgrund von zu wenigen Parkplätzen im Ortskern entscheiden, ihre Besorgungen in den Einkaufszentren auf der grünen Wiese zu machen. Einem damit einhergehenden allmählichen Attraktivitätsverlust gelte es mittels geeigneter Maßnahmen vorzubeugen, zumal Beispiele andernorts derlei Negativentwicklungen augenscheinlich machten.

Die CDU hat die Wichtigkeit der Spitalhof-Tiefgarage mit ihrem aktuellen Haushaltsantrag und ihrer Ortsbegehung noch einmal bekräftigt.

## Europäisches Jahr 2012

### Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen

Die CDU-Fraktion behält die europäische Dimension der Politik im Auge, was sich nicht zuletzt in ihren einschlägigen Anträgen manifestiert. „Es geht uns darum, das in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht enger zusammenwachsende Europa an seiner besonders wichtigen Stelle, der kommunalen Ebene, aktiv zu begleiten und zu befördern und dabei von seinen Möglichkeiten im Sinne der Bürger zu profitieren“, erklärt Stadträtin Prof. Dr. Dorit Loos.



Stadträtin Prof.  
Dr. Dorit Loos

Am 14. September fassten das Europäische Parlament und der Rat den Beschluss zum Europäischen Jahr für aktives Altern und der Solidarität zwischen den Generationen 2012. Als Ziele sind darin etwa genannt, die Öffentlichkeit für

den Wert des aktiven Alterns zu sensibilisieren, Politiken des aktiven Alterns zu unterstützen und Altersdiskriminierung zu bekämpfen. Von Unionsebene aus werden Mittel für die Durchführung geeigneter Maßnahmen bereitgestellt.

Das Sozialamt hat mit der Gemeinderatsvorlage Partizipative Altersplanung 2011 ein innovatives Konzept für ein selbst bestimmtes und selbstständiges Leben im Alter in der Landeshauptstadt Stuttgart vorgelegt, das von allen Fraktionen begrüßt wurde und in etlichen Haushaltsanträgen seinen Niederschlag gefunden hat.

Die CDU fragt vor diesem Hintergrund die Verwaltung, ob bereits Überlegungen angestellt wurden, sich als Stadt Stuttgart am Europäischen Jahr für aktives Altern 2012 zu beteiligen und inwieweit es sich für eigene Projekte in diesem immer wichtiger werdenden gesellschaftspolitischen Bereich nachhaltig nutzen ließe. Wissenswert ist auch, ob Projekte, welche die Stadt bereits im Zuge des Europäischen Jahres des Ehrenamts 2011 berücksichtigt hat, zur aktiven Teilnahme am Europäischen Jahr 2012 eingebracht werden können.

## Bürgerservice erhalten

### Arbeit der Bürgerbüros auch in Zukunft sichern

Die 22 Bürgerbüros in den Bezirksrathäusern sind längst nicht mehr wegzudenken aus dem Bild der öffentlichen Verwaltung in Stuttgart. Auf kurzen Wegen in den einzelnen Stadtbezirken können die Bürgerinnen und Bürger sämtliche Leistungen der Stadtverwaltung in Anspruch nehmen, also beispielsweise einen neuen biometrischen Personalausweis beantragen, die Aufenthaltserlaubnis verlängern lassen oder sich um eine Auto-Zulassung kümmern.

Der Umfang der Leistungen in den Bürgerbüros hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Bestes Beispiel dafür ist der biometrische Personalausweis, der für einen stark gestiegenen Verwaltungsaufwand sorgt. Für ihn müssen nicht mehr nur die persönlichen Daten aufgenommen, sondern auch drei Fingerabdrücke auf dem Dokument gespeichert und ein persönlicher PIN-Code angelegt werden. Durch dieses aufwendigere Verfahren hat sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit von bisher zehn auf 25 Minuten mehr als verdoppelt. Und das bei insgesamt 60.000 Ausweisen, die pro Jahr in den Bürgerbüros ausgestellt werden.

„Da unter diesen Verhältnissen nicht nur die Kunden, sondern vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bürgerbüros leiden, mit der Folge einer wachsenden Zahl von Überstunden und Krankheitstagen, will die CDU-Fraktion in den Haushaltsberatungen für eine tragfähige Lösung sorgen“, erklärt der Sprecher der CDU im Verwaltungsausschuss, Jürgen Sauer. Die CDU hat deshalb einen Bericht der Verwaltung zu den Haushaltsplanberatungen beantragt, der die aktuelle Situation vor Ort in den Bürgerbüros schildern und der bereits konkrete Maßnahmen aufzeigen soll, die schnell und effektiv zur Verbesserung der derzeitigen Situation beitragen.

## Neue Anträge der CDU-Fraktion

- **Schulentwicklung – Pläne, die sich aus Notwendigkeiten ergeben**  
15.11.11 Nr. 845/2011
- **Mobilität – Stuttgart in Vorbildfunktion**  
14.11.11 Nr. 844/2011
- **Europäisches Jahr für aktives Altern und der Solidarität zwischen den Generationen 2012**  
14.11.11 Nr. 843/2011
- **Hygienebehälter in städtischen Herrentoiletten**  
02.11.11 Nr. 833/2011
- **Kreisverkehr am Dürrbachplatz in Hedelfingen**  
31.10.11 Nr. 830/2011
- **Hörsäle an Unis überbelegt: Auswirkung auf Wohnraumsituation der Studenten**  
28.10.11 Nr. 829/2011
- **Haltestelle für neue Bibliothek**  
27.10.11 Nr. 826/2011